

Antrag

der Abgeordneten Frau Flinner, Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN

Einführung eines 50%igen Beimischzwangs von Getreide für die Mischfutterindustrie

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. für Futtermittel einen Mindestanteil von 50 % des innerhalb der EG erzeugten Getreides vorzuschreiben,
2. EG-weit auf die Einführung eines solchen Getreidebeimischzwanges hinzuwirken.

Bonn, den 30. Juni 1987

Frau Flinner
Kreuzeder
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Weder Preisdruck noch Flächenstillegungen verhindern die Überschüsse beim Getreide. Allein die Marktordnungskosten für Getreide betrugen 1986 7,1 Mrd. DM. Allerdings führen die vorgeschlagenen Änderungen des Interventionssystems für Getreide zu Preissenkungen von insgesamt 11 % bis 12 %, damit zu neuen drastischen Einkommensverlusten für die Getreidebauern und weiterem Strukturwandel. Diese Einkommensverluste können bei weitem nicht durch Flächenstillegungsprämien oder sogenannte Extensivierungsbeihilfen ausgeglichen werden.

Vertreter der Kommissionsdienststellen betonten Anfang Juni bei der Sitzung des Beratenden Ausschusses „Getreide“ in Brüssel, daß die Getreideüberschüsse der EG in erster Linie auf die niedrigen Preise der Substitute und Eiweißfuttermittel (Importfuttermittel) zurückzuführen seien. Mehr als 20 Mio. Tonnen dieser Produkte werden in die EG eingeführt.

Die Festlegung eines Getreidemindestanteils in Futtermitteln von (mindestens) 50 % trägt langfristig zum Abbau der Überschüsse bei und sichert den Einsatz heimischen Getreides in der Verfütterung. Ebenso verringert der verstärkte Einsatz EG-eigenen Getreides die Verwendung importierter Futtermittel aus Ländern der Dritten Welt und verbessert damit die dortige Nahrungsmittelversorgung. Überdies wird der vermehrte Anteil heimischer Getreide sich aufgrund geringerer Rückstandsbelastungen günstig auf die Tiergesundheit auswirken.